

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lebeck & Co. 16 mal prämiert
Firma gegründet 1838
Königl. Sächs. Hoflieferanten.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Mariestr. 35-40.
Druck u. Verlag von Lebeck & Co. in Dresden.
Vertriebsstelle: Leipzigerstr. 19-20.

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachgelagerte: 20 011.

Bezugs-Gebühr: Vierteljährlich in Dresden und Vororten bei vierteljährlicher Zustellung (an Sonn- und Feiertagen ausgenommen) sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Befreiung) 4,80 Mk., monatlich 1,60 Mk. Anzeigen-Preise: Die einmalige Zeile (10 bis 12 Zeilen) zu 10 Pf., Wiederholungen zu 7 Pf., 10 Pf. für 10 Zeilen, 12 Pf. für 12 Zeilen, 14 Pf. für 14 Zeilen, 16 Pf. für 16 Zeilen, 18 Pf. für 18 Zeilen, 20 Pf. für 20 Zeilen, 22 Pf. für 22 Zeilen, 24 Pf. für 24 Zeilen, 26 Pf. für 26 Zeilen, 28 Pf. für 28 Zeilen, 30 Pf. für 30 Zeilen, 32 Pf. für 32 Zeilen, 34 Pf. für 34 Zeilen, 36 Pf. für 36 Zeilen, 38 Pf. für 38 Zeilen, 40 Pf. für 40 Zeilen, 42 Pf. für 42 Zeilen, 44 Pf. für 44 Zeilen, 46 Pf. für 46 Zeilen, 48 Pf. für 48 Zeilen, 50 Pf. für 50 Zeilen, 52 Pf. für 52 Zeilen, 54 Pf. für 54 Zeilen, 56 Pf. für 56 Zeilen, 58 Pf. für 58 Zeilen, 60 Pf. für 60 Zeilen, 62 Pf. für 62 Zeilen, 64 Pf. für 64 Zeilen, 66 Pf. für 66 Zeilen, 68 Pf. für 68 Zeilen, 70 Pf. für 70 Zeilen, 72 Pf. für 72 Zeilen, 74 Pf. für 74 Zeilen, 76 Pf. für 76 Zeilen, 78 Pf. für 78 Zeilen, 80 Pf. für 80 Zeilen, 82 Pf. für 82 Zeilen, 84 Pf. für 84 Zeilen, 86 Pf. für 86 Zeilen, 88 Pf. für 88 Zeilen, 90 Pf. für 90 Zeilen, 92 Pf. für 92 Zeilen, 94 Pf. für 94 Zeilen, 96 Pf. für 96 Zeilen, 98 Pf. für 98 Zeilen, 100 Pf. für 100 Zeilen.

Aufruf der Regierung an das deutsche Volk.

Gewaltige Kämpfe zwischen Schelde und Dnie. — Wieder 46 000 Tonnen versenkt. — Erklärungen des deutsch-österreichischen Staatsrates.

Aufruf der Regierung an das deutsche Volk.

Berlin, 4. November. (Amtlich. W. T. B.)
An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit laßt auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für glücklichere Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:
Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.
Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet.
Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des deutschen Volkes.
Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volkswertretung übertragen worden.
Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages.
Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.
Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.
Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet.

Doch viel bleibt noch zu tun.
Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt.
Die Neugestaltung kann ihre bestmögliche und heilsame Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungsbürokraten findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.
Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien hinreißen lassen und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstschutz und Ordnung tun not. Disziplinslosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden. Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampfe stehenden Truppen muß durch Abklärung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke und aus keinem anderen Grunde sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.
Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank. Durch ihren Tapferkeit und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

In den wichtigsten Aufgaben geht der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle arbeitsfähigen Arbeiterverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren jetzt eingesetzten Anstellungen und Arbeiter sofort wieder anzunehmen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon durchgeführt.
Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.
Deutsche Männer und Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unsere alte Stärke.
Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler Max, Prinz von Baden.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer.
Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg.
Die Staatssekretäre:
Dr. Solz, Graf v. Rodern, Dr. v. Krause, Müllin, v. Waldow, Freilich, v. Slein, Scheidemann, Gröber, Gauhmann, Bauer, Trimborn.
Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann.
Der Kriegsminister Scheuch.

Dr. Helfferich über den Wert der Kriegsanleihe.
Neustadt a. O., 3. Nov. Staatsminister Dr. Helfferich sprach heute vor einer aus allen Teilen der Pfalz Karl besuchten Versammlung über Krieg, Frieden und Kriegsanleihe. Solange ein für unsere Ehre und unser Dasein annehmbarer Friede nicht gesichert ist, führte er aus, dürften wir uns nicht wehrlos machen lassen und müsse das deutsche Volk sich hart und entschlossen zeigen. Nichts fordere die Gewalt mehr heraus, als der Anblick der Schwäche, Verzweiflung und Kopflosigkeit müßten gerade das herbeiführen, was dem deutschen Volke und der blutenden Welt erspart werden sollte; den letzten

Verzweiflungskampf. Unsere Gegner hätten bisher in den Erfolgen der Kriegsanleihe ein Zeichen unserer unerschrockenen Kraft und unseres nationalen Lebenswillens erblickt. Sie würden mit verdoppelter Aufmerksamkeit auf das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe achten. Ein schlechter Ausfall würde unsere Feinde ermutigen, uns unannehmbare Bedingungen zu stellen, die eine Fortsetzung des Krieges bedeuten. Ein guter Ausfall würde dazu beitragen, die Friedensverhandlungen in auskömmliche Bahnen zu lenken. So gut unsere Feldgrauen draußen handelten, bis „Das Ganze halt“ geboten wird, so wenig dürfte sich die Heimat ihrer finanziellen Wehrkraft entziehen. Mehr als je zuvor komme es auf die Haltung des deutschen Volkes an, nachdem das Volk die Leitung seiner Geschicke in die eigene Hand genommen. Vermehrte Nachbarn vermehrte Verantwortung. Nur wenn jeder Einzelne sich von diesem geheiligten Verantwortlichkeitsgefühl durchdringen lasse, werde die Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens neue Kräfte wecken und neue Energien in den Dienst des bedrohten Vaterlandes stellen und uns helfen, Volk und Reich zu neuem Leben und Gedeihen zu führen. (W. T. B.)

Die Kapitulation der Habsburger.

Der amtlichen Wiener Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen ist der Zusatz beigefügt worden, diese Bedingungen seien „ohne Präjudiz für den späteren Frieden“ angenommen worden. Auch wurde betont, daß die Forderungen, die die Auslieferung der Verkehrsmittel zu Wasser und zu Lande, die Öffnung aller Verkehrswege und die Preisgabe der strategischen Punkte betreffen, nicht so zu verstehen seien, daß die feindlichen Armeen die freie Bewegung zu einem Angriff auf Deutschland ausüben könnten. „Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so muß dagegen Protest eingelegt werden.“ — Wir hätten gewünscht, man hätte in Wien auf diesen Zusatz verzichtet. Er ist in Wahrheit doch nichts anderes, als das Feigenblatt, mit dem die habsburgische Regierung die Schande einer kopselosen Kapitulation und die noch ärgere des Verrats an dem Bundesgenossen, der die Abteilungen bis in den Tod gehalten hat, zu verdecken sucht. Die Monarchie der Habsburger ist in Trümmer gefallen, das Heer hat sich aufgelöst, die Kriegsmittel sind dem Feinde ausgeliefert. Was würde geschehen, wenn der Verband die der österreichisch-ungarischen Regierung auferlegten Waffenstillstandsbedingungen trotz der Wiener Verwahrung zur Grundlage der Friedensbedingungen machen würde? Nichts würde geschehen. Was hätte es uns, wenn die habsburgische Regierung — im Grunde ist sie heute schon ein bloßer Schein, eine leere Fiktion — gegen einen Vormarsch des Verbandes nach der schlesischen, sächsischen und bairischen Grenze „protestierte“. Nichts hätte es uns. Der Protest bliebe nichts anderes als bedrucktes und beidseitiges Papier, eine Zielscheibe des Pöbels der Welt. Wir wollen uns völlig klar darüber sein: das Band zwischen den Habsburgern und unserem Deutschen Reich ist zerschritten und bleibt es. Die traditionelle habsburgische Panzermacht, die dem deutschen Volke in langen Jahrhunderten schon so unendlich viel Unheil gebracht hat, ist letzten Endes daran schuld, daß es zu diesem Bruch gekommen ist. Graf Andrássy hoffte, das alte Reich zu retten dadurch, daß er es völlig der Gnade der Feinde ausliefern, ohne jede Rücksicht auf den Verbänden, der einst in den Karpaten, in Galizien, in Polen und Siebenbürgen viele Tausende seiner besten Söhne für die Donaumonarchie geopfert hat — seine Rechnung war falsch. In Ungarn gelobt ein Erzherszog als Joseph von Habsburg einer Volksregierung Treue, in einem amtlichen Dokument des deutsch-österreichischen Nationalausschusses ist schon von dem „ehemaligen Kaiser Karl“ die Rede. „Niemand ist in Wien heute verhaßter als Kaiser Karl; es sei denn seine Frau“ — so kennzeichnete ein bürgerliches, der deutschen Regierung nahestehendes Blatt die heutige Lage.

Wahrlich, die Politik, die mit den Parma-Briefen anfang und mit dem Sonderschritt des Grafen Andrássy über noch vor nicht allzu langer Zeit zum Vorschein kam, nicht Worte genug der Junge (sindem konnte) aufhören, ist flüchtig und schwächlich zusammengedrückt. Dabei muß immer wieder betont werden, daß, trotz aller Schwierigkeiten, die k. u. k. Regierung sehr wohl noch in der Lage gewesen wäre, die weitere Entwicklung der einzelnen Friedensaktionen abzuwarten. Was nun? Nach Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen verbleibt auf dem Gebiete der alten österreichisch-ungarischen Monarchie ein Chaos, ein Chaos, in dem zahlreiche nationale Kräfte brodeln. Wie aus all diesen sich vielfach kreuzenden Bestrebungen die einheitliche Resultate gekundet werden sollen, wie ein Ausgleich zu schaffen ist zwischen den Ungarn, Kroaten, Siebenbürgern und Rumänen, zwischen Polen, Ruthenen und den Deutschen in der Bukowina, zwischen

Serben, Südslawen und Italienern, zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken, das ist heute auch noch nicht im entferntesten abzusehen. Hinzu kommen ja die Ansprüche des kleinen Königreichs von Italien, der gern groß werden und als Mehrer des Reiches wie der „so galantissimo“, nach dem er gelaust ist, in die Geschicke übergehen möchte. Das „meum nostrum“ soll nun Wirklichkeit werden. Triest, die Unerlöste, endlich den Besitzern in die Arme fallen. Auch heute noch sind aber zwei Drittel der Bevölkerung der Stadt slowenisch. Die Slowaken wollen aber ihren eigenen Staat, und haben auch in Triest schon angefangen, ihn aufzurichten. Auch ist es fraglich, ob man in London es mit Belagerung begründen würde, wenn die Italiener, die doch nur mitgeschleppt werden mußten, schließlich als Mittelmeer-Vormacht aus diesem Kriege hervorgingen. Auch Herr Clemenceau will ein Wort mitreden und nicht zuletzt doch der Präsident der Vereinigten Staaten — kurz, nach der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen fehlt jeder Kristallisationspunkt für eine neue staatliche Ordnung. Man könnte auch sagen, es seien deren zu viele vorhanden. Jedenfalls merkt man, insbesondere an den unerhörten Bedingungen für die Südslawen, die Hand des italienischen Oberkommandierenden, der offenbar von vornherein darauf ausging, den künftigen Adria-Konkurrenten, der sich bekanntlich schon der k. u. k. Flotte verschert hatte, mitzuführen.

All das können wir freilich getrost der Zukunft und der Weisheit der Verbandsmachthaber überlassen. Unmittelbar berühren uns die militärischen Folgerungen, die aus dem Waffenstillstandsvertrag sich ergeben. Die Verbündeten haben das „absolute Recht“ einer freien Bewegung für ihre Truppen auf allen Straßen oder Eisenbahnen oder Wasserwegen Oesterreich-Ungarns. Man beachte: sie haben dazu das „absolute“ Recht — dadurch fällt die einschneidende Bemerkung der Wiener Regierung am Schluß der Bedingungen in sich selbst zusammen. Sie ist in der Tat nicht mehr als ein Feigenblatt. Darüber dürfte man sich auch in Berlin keiner Täuschung hingeben. Wenn nun freilich auch infolge des gänzlich heruntergewirtschafteten Verkehrswesens und der chaotischen Unordnung der Vormarsch des Verbandes gegen die deutschen Grenzen nicht mit großer Geschwindigkeit erfolgen wird, die theoretische und praktische Möglichkeit dazu liegt vor, und sie muß natürlich auch in die politische Rechnung eingerechnet werden. Auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn können wir ein Bild davon machen, wie die aussehen werden, die doch uns auferlegen werden. Wir haben heute kein Recht mehr, Forderungen französischer Blätter, wie etwa die einer Besetzung Oens, von denen der Räumung Elia-Bohringen gar nicht zu sprechen, ohne weiteres als Ausgeborenen mandirischer Gezirne abzutun. Welche Stellung wird die Reichsregierung dazu einnehmen? Sie könnte wie die k. u. k. Regierung sagen, die Waffenstillstandsbedingungen präjudizieren noch nicht den Frieden. Sie muß sich aber bewußt bleiben, daß das Reich nach Annahme eines ähnlichen Vertrags vor dem Feinde daliegen würde, wie die Mutter vor dem Messer, daß es lediglich von der Gnade des Verbandes, vielleicht in gewissem Sinne auch von dem Geschäftsinteresse Englands und Amerikas abhängt, wenn es nicht zur wirtschaftlichen Ausbreitung, jedenfalls aber zum völligen politischen Absterben verurteilt würde. Haben wir aber ein Mittel, uns dagegen zu wehren? Wir wollen die Frage nicht entscheiden. Friedrich der Große befand sich mehrfach in ähnlicher Lage und hat Preußen schließlich doch gerettet. Und ein Mann wie Thiers, der verhältnismäßig wenig heroische Tüde trägt, hat im Februar 1871 in den Verhandlungen mit Bonaparte Besorg für Frankreich gerettet durch die Entschlossenheit zum Verzweiflungskampfe aufzurufen, und alles, auch das Letzte, einzufügen.

Unsere Lage ist immer noch besser als die, in der sich Thiers befand. Wir haben, wenn wir nur Entschlossenheit beweisen, die Möglichkeit, die ungeliebte, kriegerische Bevölkerung der Feinde gegen die Zerstückelung, als eine ihrer Regierungen mobil zu machen. Auch Wilson will ja einen Rechtsfrieden. Seine und seiner Anhänger Stellung im Verband kann nur gehärtet werden, wenn auch die deutsche Regierung mit allen Kräften der Seele und, mühte es sein, auch mit allen Mitteln physischer Gewalt, an diesem Ideal festhält und keinen Gewaltfrieden hinnimmt. Das hat uns der Reichskanzler versprochen, das haben uns alle Staatssekretäre versichert. Sie untergaben sich ihre Stellung im Volke, wenn ihre Worte eben nur, wie wir es unter dem alten System so oft erfahren mußten — Worte gewesen sein sollten.

Wien, 4. Nov. (Wiener Corr. Bur.) Kaiser Karl übergab am 2. d. M. das Armeekorps an Feldmarschall Freyherrn v. Moench. (W. T. B.)

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtmeld.) Aus unterrichteter Wiener Quelle erfährt das W. T. B.: Kaiser-Karl fand die Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere soweit sie sich auf das deutsch-österreichische Gebiet beziehen, so drückend hart und beschämend, daß er seinen Namen nicht unter das Abkommen setzen wollte. Er teilte daher den Generalen und den Ministern der Regierung mit, daß er fortan die oberste militärische Gewalt nicht mehr ausüben werde. Da General Moench, dem als dem Höchstkommandierenden in erster Linie die Aufgabe der Unterzeichnung aufsteht, mit seiner Obergruppe sich nach Ungarn zurückgezogen hat, übernahm es der Chef des Generalstabes p. A. S., die Waffenstillstandsdekreturde zu unterzeichnen.